

Unmut über neue Casinos-Eigner

Glücksspiel. Die tschechische Sazka-Gruppe hat ihren Anteil an den Casinos Austria auf über 38 Prozent erhöht. Österreichs Regierung ist darüber nicht unbedingt glücklich.

Und wieder sind ein paar Prozente dazu gekommen: Die tschechische Sazka-Gruppe hat am Dienstag ihren Anteil an den österreichischen Casinos Austria wieder einmal erhöht – diesmal von 34 auf 38,2 Prozent. Die nun erworbenen Anteile hatten einst der Kirchenbank Schellhammer & Schattera gehört. Jetzt sind sie im Rahmen einer außerordentlichen Hauptversammlung, die gestern einberufen worden war, an die Tschechen übergegangen. Klingt reichlich unspektakulär, und die Hauptversammlung dauerte auch nur wenige Minuten. Und doch: Es gab dort durchaus Misstöne. Denn die im Finanzministerium angesiedelte staatliche

KORDIK-ONOMY



VON HANNA KORDIK

Beteiligungsholding Öbib, die 33 Prozent an den Casinos hält, hat der Transaktion nur zähneknirschend zugestimmt. Verhindern konnte sie den Deal nicht, weil sie keine Mehrheit hinter sich hatte. Doch sie gab ausdrücklich Kritik an den Tschechen zu Protokoll – sozusagen als Fingerzeig. Die Republik Österreich sieht nämlich die Umtriebe der Tschechen mit wachsendem Unbehagen.

Das zeigte sich bereits vor wenigen Monaten: Damals war für den 26. Februar eine außerordentliche Hauptversammlung zum selben Zweck einberufen worden – nur wenige Tage zuvor hatte Finanzminister **Hartwig Löger** als Eigentümervertreter den Termin kurzerhand abgesagt. Doch diese Strategie lässt sich auf Dauer nicht aufrechterhalten, das war im Ministerium wohl allen bewusst. Jetzt hat man das Misstrauen gegenüber den Tschechen eben subtiler zum Ausdruck gebracht.

Doch woher rührt der Argwohn? Einfache Antwort: Weil den Österreichern mittlerweile nicht ganz klar ist, was die Tschechen mit ihrem Investment bei den Casinos Austria eigentlich bezwecken.



Das Spiel der Tschechen bei den Casinos Austria ist den Österreichern suspekt.

[Reuters]

Nicht eben vertrauensfördernd ist das Faktum, dass die beiden Milliardenäre, die hinter Sazka stehen, **Karel Komarek** und **Jiri Smejck**, die Fäden von Liechtenstein beziehungsweise von Zypern aus ziehen. Aber wirklich misstrauisch macht viele die seltsame Eile, die die Tschechen beim Erwerb der paar Prozent Casinos-Anteile an den Tag legen: Zuerst sollte die Sache Ende Februar über die Bühne gehen, dann wurde der 15. Mai als Tag der außerordentlichen Hauptversammlung mit nur einem Tagesordnungspunkt auserkoren. Bis zur regulär stattfindenden Hauptversammlung, dem 20. Juni, konnte also offenbar nicht zugewartet werden.

Hintergrund für den merkwürdigen Zeitdruck dürften die Pläne von Sazka sein, in London an die Börse zu gehen. Dazu wäre es jedenfalls höchst opportun, einen dicken Fisch wie die Casinos Austria im Bauchladen zu haben. Um das österreichische Filetstück allerdings

in der Sazka-Bilanz voll zu konsolidieren, ist die Kontrolle über die Beteiligung vonnöten.

Der Sazka-Börsengang wurde jedenfalls schon im vergangenen Herbst angekündigt – bis jetzt, Mitte Mai, sind dazu aber noch keine Schritte gesetzt worden.

Dafür anderweitige. Im vergangenen Herbst gab es sehr konkrete Pläne von Casinos-Chef **Alexander Labak** – er gilt als Statthalter der Tschechen –, das Auslandsgeschäft des Unternehmens zu verkaufen. Sollten das Assets versilbert werden? Gut möglich. Jedenfalls zog die österreichische Öbib die Reißleine. Und Labak musste vor wenigen Wochen offiziell bekannt geben, dass der Verkauf der Casinos Austria International abgeblasen ist. Nachsatz: Mit dem Widerstand der Republik habe das absolut nichts zu tun, vielmehr hätten die Ergebnisse des Evaluierungsprozesses dagegen gesprochen.

Wie auch immer: Vertrauensfördernd war all das bei den Österreichern keineswegs. Ebenso wenig die Pläne der Tschechen, einen vierten Vorstand in den Casinos installieren zu wollen. Neben CEO **Alexander Labak** und den Vorständen **Bettina Glatz-Kremsner** sowie **Dietmar Hoscher** soll (wenn es nach Sazka geht) Banker **Martin Skopek** in die Führungsetage kommen. Für die Österreicher absolut indiskutabel: Denn Casinos-Chef Labak hat ein sogenanntes Dirimierungsrecht. Heißt: Bei Stimmgleichstand im Vorstand kann er entscheiden. Hätten die Tschechen gleich zwei Vertreter im Vorstand, wäre das für sie ein unverhältnismäßiger Machtgewinn in der Chefetage: Bei jedem Patt zwischen den beiden österreichischen und den beiden tschechischen Vertretern könnte Labak entscheiden.

Und das geht den Österreichern, mit Verlaub, nun doch zu weit.

Warum versetzt Italien die Märkte nicht in Panik?

Analyse. Der Worst Case ist (fast) da: In einem großen, hoch verschuldeten Euro-Staat ergreifen Populisten die Macht und werfen jede Budgetdisziplin über Bord. Aber die EZB deckt alle Sünden zu. Das böse Erwachen droht später.

Wien. Was in Italien unmittelbar bevorsteht, hätte vor wenigen Jahren wohl das Ende des Euro bedeutet: Eines der größten Mitgliedsländer der Währungsunion, mit einem extrem hohen Schuldenstand von über 130 Prozent der Wirtschaftsleistung, gerät unter die Kontrolle von rechten und linken Populisten. Sie legen ihre immensen Wahlversprechen zusammen und pfeifen auf alle Zusagen und Anstrengungen, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. Eine Regierung aus Lega Nord und Fünf Sterne galt bis zuletzt als ein sehr unwahrscheinliches Worst Case-Szenario, das eine neue Eurokrise entfachen könnte. Aber

höchst seltsam: Die Akteure auf den Finanzmärkten zucken mit den Schultern. Renditen und Risikoaufschläge steigen zwar leicht, aber alles bleibt im Rahmen des Gewohnten. Die Börse in Mailand hat seit Jänner sogar um zwölf Prozent zugelegt, das beste Ergebnis aller Handelsplätze in Europa.

Ruhe durch längere Laufzeiten

Warum? Der große Unterschied zur Eurokrise bis 2013: Die EZB sorgt mit ihren Anleihekäufen für dauerhaft niedrige Zinsen. Der größte Gläubiger hat italienische Papiere um 300 Mrd. Euro aufgesaugt und hält nun 15 Prozent der Staatsschulden. Ein Gläubiger, der

nur kauft und nie verkauft, was auch passiert. So gingen die Konditionen im Schnitt von 3,1 Prozent in 2011 auf nur 0,7 Prozent im Vorjahr zurück. Und das kann sich so schnell gar nicht ändern: Die Schuldenverwalter in Rom haben die lange Nullzinsphase immerhin genutzt, um auslaufende Anleihen durch solche mit deutlich längeren Laufzeiten zu ersetzen.

Damit sind die Probleme freilich nur zugedeckt. Denn an der schlechten Verfassung von Italiens Wirtschaft hat sich wenig geändert. Der zaghafte Aufschwung seit dem Vorjahr schwächt sich schon wieder ab. Überall anders fällt er weit kräftiger aus – wovon die börsen-

tierten Konzerne profitieren, die ihr Geschäft vor allem im Ausland machen. Obwohl die Banken ihren Berg an notleidenden Krediten langsam abbauen, bleibt er gefährlich hoch. Was es an Reformen gab, vor allen bei den Pensionen, soll nun rückabgewickelt werden. Die Rechnung folgt später – wenn die EZB um eine Zinswende nicht mehr herum kann. Aber, wie Matteo Salvini die Investoren schon im März warnte: „Wir scheren uns einen Dreck um Risikoaufschläge.“ Der Anführer der rechtsextremen Lega glaubt nicht an den Euro: „Es ist klar, dass die Währungsunion scheitern muss, und wir wollen uns darauf vorbereiten.“ (gau)

URSCHITZ MEINT

Will man uns jetzt Eurobonds unterjubeln?

Die EU-Kommission will Staatsanleihen verbrieften. Ein gefährlicher Ansatz.

Die Idee ist eigentlich schon sieben Jahre alt, wird von der EU-Kommission jetzt aber wieder ausgegraben. Sie will demnächst einen Verordnungsvorschlag für Sovereign Bond Backed Securities (SBBS) vorlegen.

Der Kern der Sache: Euro-Staatsanleihen werden gebündelt und dann „verbrieft“. Man kauft also nicht deutsche oder französische Staatsanleihen, sondern Schuldtitel, die mit einem Korb an Euro-Staatsanleihen (gewichtet nach dem Anteil der Euroländer an der EZB) besichert sind. Das würde das Risiko des Ausfalls eines Eurolandes abfedern. Wobei das Ausfallrisiko, sagt die Kommission, dann nicht Euroländer oder die EZB, sondern private Investoren tragen.

Klingt bestechend – aber nur auf den ersten Blick. Die Ratingagentur S&P hat schon verkündet, dass solche Papiere natürlich nicht das höchste Rating, AAA, bekommen würden. Um das zu erreichen, müssten EZB und Euroländer zusätzliche Garantien abgeben. Und damit wären wir de facto mitten in den bei den Nord-eurostaaten zu Recht so gefürchteten Eurobonds und ihrer Haftungsgemeinschaft.

In einer funktionierenden Eurozone mit einer zentralen Finanzautorität wären Eurobonds (analog zu US-Staatspapieren) eine feine Sache. Solche Vereinigte Staaten von Europa haben wir aber nicht und werden wir auch nicht so schnell bekommen.

Solang das aber nicht der Fall ist, wären solche De-facto-Eurobonds nichts anderes als die Lizenz zum Schuldenmachen auf Kosten der seriös wirtschaftenden Euroländer.

Und das ist brandgefährlich. In Italien beispielsweise schickt sich die populistische Rechtsallianz gerade an, die Schuldenschleusen wieder voll aufzumachen. Das könnte die hoch verschuldete drittgrößte Eurovolkswirtschaft schnell an die Kippe bringen. Gleichzeitig kracht die Türkei wie eine Kaisersemmel – was eine größere Bankenkrise in Italien und Frankreich auslösen könnte.

In dieser Phase eine Art Haftungsgemeinschaft durch die Hintertür einführen zu wollen, wäre wohl mehr als fahrlässig. Man kann nur hoffen, dass der Kommission dieser Vorschlag zurückgeworfen wird.

josef.urschitz@diepresse.com